

Neubäumer, Renate

Article

## Erfolge und Probleme im deutschen Vereinigungsprozeß

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Neubäumer, Renate (1996) : Erfolge und Probleme im deutschen Vereinigungsprozeß, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 11, pp. 574-581

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/137406>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Renate Neubäumer

## Erfolge und Probleme im deutschen Vereinigungsprozeß

*In der wirtschaftspolitischen Diskussion hat die Auseinandersetzung um die Standortqualität Deutschlands das Problem Ostdeutschland nahezu verdrängt. Der Aufholprozeß in den neuen Ländern ist indes bei weitem noch nicht abgeschlossen. Welche Fortschritte bei der Anpassung wurden bisher erzielt, und wo liegen die Probleme?*

Schon vor der Wende (gab es) deutliche Anzeichen dafür, daß es mit der Wirtschaft der DDR bergab ging.<sup>1</sup> Der „Auslöser“ waren steigende Preise für importierte Rohstoffe Ende der siebziger Jahre gewesen, denen nicht mit einer Steigerung der Effizienz und einer Ausweitung der heimischen Produktion begegnet wurde, sondern mit niedrigeren Importen und Imports substitution und vor allem mit weniger Investitionen. Bei den verbleibenden Investitionen fand eine Konzentration auf die Mikroelektronik, der eine Schlüsselrolle für die technische Wettbewerbsfähigkeit anderer Wirtschaftsbereiche wie dem Maschinenbau zuerkannt wurde, sowie auf die Braunkohleverstromung und die braunkohleverarbeitende Industrie, durch die die Abhängigkeit von Rohstoffimporten verringert wurde, statt. In anderen Wirtschaftsbereichen unterblieben Investitionen fast vollständig.

Das wirtschaftliche Wachstum sollte nicht mehr wie früher durch eine Ausweitung des Kapitalstocks erreicht werden, sondern nach der neuen Leitlinie vom „ressourcensparenden Fortschritt“ durch die „Intensivierung der Arbeit“. Im Klartext bedeutete das eine Ausweitung der Maschinenlaufzeiten und ein Hinauszögern der Verschrottung von Anlagen<sup>2</sup>. Die Folgen waren ein zunehmend verschlissener Kapitalstock - 1989 betrug das Durchschnittsalter aller Ausrüstun-

gen in der Industrie 18 Jahre gegenüber acht Jahren in der Bundesrepublik<sup>3</sup> -, hohe Umweltbelastungen und ein steigender Produktivitätsrückstand gegenüber dem Westen, aufgrund dessen wiederum ein zunehmender Anteil der heimischen Produktion für Importe aufgewandt werden mußte<sup>4</sup>. Zudem trat trotz einer sehr hohen Erwerbsbeteiligung in Teilbereichen der Wirtschaft ein Arbeitskräftemangel auf, weil an anderen Stellen menschliche Arbeit aufgrund von Planungs- und Organisationsmängeln verschwendet wurde und während der Arbeitszeit politische Aufgaben, wie z.B. Parteiarbeit und Betriebskampfgruppen, wahrgenommen wurden<sup>5</sup>.

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion führte nicht nur zur Offenlegung dieser Mängel, zu denen auch noch die fehlende Nachfrageorientierung der Produktion zählte, und der hohen verdeckten Arbeits-

<sup>1</sup> DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 12. Bericht, in: DIW-Wochenbericht 3/1995, S. 71-98, hier S. 75. Die verschiedenen Berichte zu den Anpassungsfortschritten in Ostdeutschland geben die Ergebnisse eines laufenden Forschungsprojekts zum Neuaufbau in Ostdeutschland wieder, das gemeinsam von den drei Instituten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführt wird.

<sup>2</sup> Vgl. DIW (Hrsg.): Handbuch der DDR-Wirtschaft, Reinbek 1984, S. 68; DIW/IfW/IWH, 12. Bericht, a.a.O., S. 75.

<sup>3</sup> Das Durchschnittsalter der Ausrüstungen im Verarbeitenden Gewerbe der alten Bundesrepublik wurde nach einer etwas anderen Methode berechnet; vgl. DIW/IfW/IWH, 12. Bericht, a.a.O., S. 76.

<sup>4</sup> Dies ließ sich an stark sinkenden Devisenertragskennziffern, die angaben, wieviel Einheiten einer Devisen je eingesetzter Ostmark im Welthandel erlöst wurden, ablesen. So fiel die Devisenertragskennziffer für die D-Mark von 0,42 (1980) über 0,35 (1985) auf 0,23 (1989); vgl. G. Sinn, H.-W. Sinn: Kaltstart - Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Auflage, Tübingen 1992, S. 60.

<sup>5</sup> Vgl. K. Vogler-Ludwig: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: ifo-schnelldienst 24/1990, S. 3-10, hier S. 5-8.

---

*Prof. Dr. Renate Neubäumer, Hochschullehrerin an der Fachhochschule Worms, ist derzeit für die Wahrnehmung einer wissenschaftlichen Dozentur an der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main und den Abschluß ihrer Habilitation beurlaubt.*

losigkeit von schätzungsweise 1,4 Mill. Personen, sondern bewirkte zusätzlich einen extremen Strukturbruch. Durch diesen „Transformationsschock“, die „schlagartige“ Liberalisierung der Güter- und Faktormärkte sowie die starke Aufwertung der D-Mark veränderten sich die Knappheitsverhältnisse und damit die Faktor- und Güterpreisrelationen so grundlegend, daß große Teile des Bestands an Sach- und Humankapital entwertet wurden und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen (erst) anschließend nicht mehr rentabel war<sup>6</sup>. Es kam zu einem starken „Einbruch“ der wirtschaftlichen Tätigkeit: Die Industrieproduktion „sackte“ bereits im Juli 1990, dem ersten Monat nach der Wirtschafts- und Währungsunion, auf 60% ihres durchschnittlichen Wertes im ersten Halbjahr 1990 ab und fiel im Verlauf des Jahres 1991 bis auf ein Drittel ihres ursprünglichen Niveaus; im gleichen Zeitraum sank das Bruttoinlandsprodukt um 35%.

Vor diesem Hintergrund bestand die wirtschaftliche Herausforderung des Wiedervereinigungsprozesses darin, durch hohe Investitionen in die Infrastruktur, den Sachkapitalbestand und das Humankapital für die ostdeutsche Bevölkerung neue produktivere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und damit auf die Annäherung der Lebensverhältnisse in Gesamtdeutschland hinzuwirken. Zudem war eine „Überbrückung am Arbeitsmarkt“ dringend erforderlich, weil die neuen Arbeitsplätze bei weitem nicht so schnell entstehen konnten wie die alten verlorengegangenen. Allerdings war bereits 1990 absehbar, daß sowohl die Angleichung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Westdeutschland als auch die Schaffung nur annähernd ausreichender Arbeitsplätze

nicht in einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren möglich sein würde, sondern nur längerfristig gelingen konnte. So hatte die OECD bereits 1990 geschätzt, daß es bei einem Wachstum des Kapitalstocks ostdeutscher Betriebe um jährlich 10 1/2% immerhin 15 Jahre dauern würde, bis die Kapitalausstattung pro Arbeitnehmer das westdeutsche Niveau erreicht hätte<sup>7</sup>, und das ifo-Institut hatte 1990 gemeinsam mit dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin (Ost) in einem Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ in der DDR, „jenes Potential an Arbeitskräften .., das unter effizienteren Formen des Wirtschaftsprozesses überflüssig wäre“<sup>8</sup>, auf 2,8 Mill. Personen geschätzt.

**Abbau von Investitionshemmnissen**

Inwieweit konnte diesen Herausforderungen, denen sich Ostdeutschland und Westdeutschland gemeinsam gegenübersehen, bisher erfolgreich begegnet werden? Zweifelsohne „hat die ostdeutsche Wirtschaft inzwischen unübersehbare Fortschritte beim Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis gemacht“<sup>9</sup>. Das

<sup>6</sup> Zusätzlich trug zur Entwertung des Kapitalbestands und zum Abbau von Arbeitsplätzen bei, daß neue technische Verfahren zur Verfügung standen und die weit strengeren westdeutschen Umweltauflagen sich mit den bestehenden Anlagen nicht erfüllen ließen; vgl. R. Neubauer: Der ostdeutsche Arbeitsmarkt – ein Arbeitsmarkt wie jeder andere?, in: dies. (Hrsg.): Arbeitsmarkt kontrovers – Analysen und Konzepte für Ostdeutschland, Darmstadt 1993, S. 1-31, hier S. 5-7.

<sup>7</sup> Vgl. OECD: Economic Surveys: Germany, Paris 1990. Die OECD war dabei davon ausgegangen, daß der Kapitalstock pro Arbeitnehmer in Ostdeutschland ein Drittel des westdeutschen Niveaus erreicht und daß das jährliche Wachstum des westdeutschen Kapitalstocks rund 2,7% beträgt.

**Tabelle 1**  
**Investitionskennziffern für Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland**

Sektoren	Investitionen in Preisen von 1991; Jahresdurchschnitt 1994-1996			
	Je Einwohner <sup>a</sup> in DM		Je Einheit Bruttowertschöpfung <sup>a</sup> in %	
	Ost	West	Ost	West
Land- und Forstwirtschaft	68	140	14,8	24,3
Energie/Wasser/Bergbau	1161	370	154,8	34,0
Verarbeitendes Gewerbe	1554	1195	47,2	10,9
Baugewerbe	279	111	9,3	5,4
Handel	345	491	21,6	13,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1579	565	179,9	23,6
Wohnungsvermietung	2831	2302	- <sup>b</sup>	72,9
Sonstige Dienstleistungen <sup>c</sup>	1354	1700	31,5	15,3
Staat/Organisationen o.E.	1672	914	47,8	17,0
Alle Wirtschaftsbereiche	10843	7788	61,5	19,3
darunter: Unternehmen <sup>d</sup>	6340	4572	-	-

<sup>a</sup> Bezogen auf die Einwohnerzahl (Jahresdurchschnitt) bzw. Bruttowertschöpfung des Jahres 1995. <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1991 negativ. <sup>c</sup> Einschließlich Banken und Versicherungen. <sup>d</sup> Ohne Wohnungsvermietung (eigene Berechnung).

Quellen: W. Gerstenberger, F. Neumann: Der Um- und Neubau der ostdeutschen Wirtschaft im Spiegel der Investitionstätigkeit, in: ifo-Schnelldienst 13/1996; Schätzungen des Statistischen Bundesamtes.

reale Bruttoinlandsprodukt wuchs 1991 bis 1994 – allerdings von niedrigem Niveau aus – mit einer durchschnittlichen Jahresrate von knapp 8%, und auch 1995 lag die Zunahme mit 5 1/2% noch um 4 Prozentpunkte über der in der alten Bundesrepublik. Die Infrastruktur wurde durch umfangreiche Investitionen in das Straßen- und Schienennetz, die Ver- und Entsorgung und die Telekommunikationseinrichtungen verbessert. Bereits 1992 hatten die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in den neuen Ländern um rund die Hälfte höher als in den alten gelegen<sup>10</sup>, und in den Folgejahren vergrößerte sich dieser Abstand noch: 1995 investierten die ostdeutschen Gemeinden um 70% und die Länder um 90% mehr pro Einwohner als die westdeutschen (vgl. auch Tabelle 1)<sup>11</sup>. Auch wenn dadurch der enorme Nachholbedarf bei der wirtschaftsnahen Infrastruktur noch lange nicht gedeckt werden konnte, so ist es dennoch gelungen, bei der Herstellung annähernd gleicher Investitions-

bedingungen wie in der alten Bundesrepublik ein gutes Stück voranzukommen. Während 1992 bei einer Umfrage des ifo-Instituts 28% der Unternehmen angegeben hatten, Probleme mit der unzureichenden Infrastruktur zu haben, erklärten das 1995 nur noch 17%<sup>12</sup>.

Ein weiteres Investitionshemmnis, die Rechtsunsicherheit in Eigentumsfragen, wurde durch Gesetzesänderungen, wie verschiedene „Vorfahrtsregelungen“ für Investitionen, und den Ablauf der Frist für die Anmeldung von Rückübertragungs- und Entschädigungsansprüchen, entschärft. Weiterhin wurde Finanzierungsproblemen mittlerer und kleinerer Unternehmen in Ostdeutschland, die sich auf ihre unzureichende Eigenkapitalausstattung und – eng damit verknüpft – die zurückhaltende Kreditvergabe der Geschäftsbanken zurückführen lassen, mit verschiedenen Investitionsfördermaßnahmen entgegengewirkt, zu nennen sind dabei insbesondere das Eigenkapital-

<sup>10</sup> K. Vogler-Ludwig, a.a.O., S. 3. Hier kommt zu der verdeckten Arbeitslosigkeit unter den Produktions- und Absatzbedingungen der ehemaligen DDR (1,4 Mill.) noch die Arbeitslosigkeit beim Übergang zu westlichen Produktions- und Absatzbedingungen, d.h. durch den Strukturbruch, hinzu.

<sup>9</sup> DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 13. Bericht, in: DIW-Wochenbericht 27-28/1995, S. 463-493, hier S. 465. (Das Zitat wurde umgestellt.)

<sup>10</sup> Vgl. M. Weilepp: Hemmnisse für die Entstehung neuer Arbeitsplätze in Ostdeutschland, in: R. Neubäumer: Arbeitsmarktpolitik, a.a.O., S. 105-118, hier S. 113-116.

<sup>11</sup> Vgl. DIW: Sind die Finanzprobleme in Ostdeutschland durch die Neuordnung des Finanzausgleichs gelöst? – Zur Finanzlage der ostdeutschen Länder und Gemeinden, in: DIW-Wochenbericht 17/1996, S. 267-276, hier S. 271. Hinzu kam die Förderung von Investitionen der Deutschen Bundespost, der Bundesbahn und in andere Bereiche der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die sich vor allem im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ vollzog.

<sup>12</sup> Vgl. DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 14. Bericht, in: DIW-Wochenbericht 27/1996, S. 435-460, hier S. 439. Befragt wurden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

Volker Marnet

## Eigenschaften und Bestimmungsfaktoren von Finanzmarkterwartungen

Eine theoretische und empirische Analyse unter Verwendung der ZEW-Finanzmarkttestdaten

Theoretische und empirische Analyse der Erwartungsbildung von Finanzmarktdaten – Aktien, Zinsen, Wechselkurse – unter Verwendung von univariaten und strukturellen ökonomischen Modellen.

1996, 306 S., brosch., 88,- DM, 642,- öS, 80,- sFr, ISBN 3-7890-4427-X  
(Schriftenreihe des ZEW, Bd. 13)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

**Tabelle 2**  
**Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland 1990-1995**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Jahresdurchschnitte in 1000 Personen <sup>a</sup>					
Erwerbstätige <sup>b</sup> (Inlandskonzept)	8820	7320	6390	6210	6300	6410
Arbeitslose	240	910	1170	1150	1140	1050
„Entlastungen“ bei der Arbeitsnachfrage	350	1080	580	340	330	350
– Kurzarbeit (Arbeitslosenäquivalent) <sup>c</sup>	350	900	190	80	50	40
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen <sup>d</sup>	–	180	390	260	280	310
„Entlastungen“ beim Arbeitsangebot	240	720	1240	1200	890	620
– Fortbildung und Umschulung (Vollzeit)	–	170	430	350	240	240
– Vorruhestands- und Altersübergangsregelung	240	550	810	850	650	380
Arbeitslose ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	830	2710	2990	2690	2360	2020
Pendlersaldo	80	270	340	330	330	330

<sup>a</sup> Gerundet auf 100000. <sup>b</sup> Abhängig Beschäftigte und Selbständige. <sup>c</sup> Anzahl der Kurzarbeiter multipliziert mit ihrem durchschnittlichen Arbeitsausfall. <sup>d</sup> Einschließlich Beschäftigung mit produktiven Lohnkostenzuschüssen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit: Amtliche Nachrichten.

hilfeprogramm der Bundesregierung, weitere zinsgünstige Kredite für Existenzgründungen und zinsverbilligte Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau<sup>13</sup>.

### Unterstützung beim Übergang

Zudem wurden für Investitionen hohe Steuervergünstigungen in Form der Sonderabschreibungsmöglichkeiten und der Investitionszulage gewährt, so daß es nach anfänglicher Zurückhaltung gelang, einen zügigen Aufbau des ostdeutschen Kapitalstocks in Gang zu setzen: 1993 investierten die Unternehmen pro Kopf der Bevölkerung um gut ein Fünftel mehr als in Westdeutschland und für den Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996 schätzt das ifo-Institut den Vorsprung auf fast zwei Fünftel. Gemessen an der Bruttowertschöpfung lagen die Investitionen in den neuen Ländern sogar noch deutlich höher (vgl. Tabelle 1). Diese Relation macht gleichzeitig deutlich, daß die ostdeutschen Unternehmen nicht aus eigener Kraft in diesem Umfang investieren konnten; mehr als die Hälfte der Investitionen wurde von westdeutschen oder ausländischen Unternehmen getätigt. Insgesamt addieren sich die Investitionen der Unternehmen bis Ende 1995 auf rund 450 Mrd. DM. Berücksichtigt man zusätzlich die Investitionen des Staates und im

Wohnungsbau, so wurden in Ostdeutschland mehr als 700 Mrd. DM investiert.

Als weiterer Erfolg im Anpassungsprozeß läßt sich verbuchen, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht über 1,2 Mill. stieg, obwohl ein extremer Beschäftigungsabbau stattfand: Die Erwerbstätigenzahl sank von schätzungsweise 9 1/2 Mill. zu Zeiten der ehemaligen DDR<sup>14</sup> auf 6,2 Mill., bis sie 1993 ihren Tiefpunkt durchschritten hatte (vgl. Tabelle 2). Dazu trug 1990 und 1991 vor allem die erweiterte Kurzarbeiterregelung bei, durch die der Arbeitsmarkt zeitweise um bis zu 900000 Personen entlastet wurde; zusätzlich stieg die Arbeitsnachfrage durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um bis zu 390000. Den Hauptbeitrag leisteten allerdings Maßnahmen, durch die das Arbeitsangebot 1992 und 1993 um mehr als 1,2 Mill. verringert wurde; sie boten die Möglichkeit, in Vollzeit an einer beruflichen Weiterbildung teilzunehmen oder vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden und Altersübergangs- bzw. Vorruhestandsgeld zu beziehen. Insgesamt ist die „Überbrückung am Arbeitsmarkt“ als gelungen zu bezeichnen, denn andernfalls hätte die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Ländern zwischenzeitlich die 3 Mill.-Grenze überschritten und das Problem der Dequalifizierung und Demotivierung durch Unterbeschäftigung wäre in weit stärkerem Maße aufgetreten.

### Schnelle Anpassung des Lebensstandards

Schließlich ist es gemessen am Einkommen und dem Konsum zu einer starken Verbesserung des Lebensstandards in den neuen Ländern und gleichzeitig zu einer raschen Annäherung an das Niveau in der al-

<sup>13</sup> Zur Ausgestaltung der verschiedenen Förderkreditprogramme sowie zum Zusagevolumen und dem Abwicklungsstand vgl. Deutsche Bundesbank: Fortschritte im Anpassungsprozeß in Ostdeutschland und der Beitrag der Wirtschaftsförderung, in: Monatsbericht 7/1995, S. 39-56, hier S. 50-52.

<sup>14</sup> Ein genauer Wert läßt sich nicht angeben, weil in den Statistiken der ehemaligen DDR Beschäftigte des sogenannten „X-Bereichs“ (Polizei, Armee, Parteien, gesellschaftliche Organisationen) nicht ausgewiesen werden durften.

**Tabelle 3**  
**Bruttoarbeitseinkommen, Produktivität und Lohnstückkosten in Ost- und Westdeutschland**

		3. Vj. 1990 <sup>a</sup>	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoeinkommen je Beschäftigten in DM	Westdeutschland	50770	54680	57920	59520	61170	63290
	Ostdeutschland	17590	25830	35210	40240	43040	45920
	Ost- zu West <sup>b</sup>	35	47	61	68	70	73
Produktivität (real) <sup>c</sup> in DM	Westdeutschland	–	90710	91470	91170	94460	96640
	Ostdeutschland	–	28140	34780	38350	40980	42570
	Ost- zu West <sup>b</sup>	31	31	38	42	43	44
Lohnstückkosten in DM <sup>d</sup> (pro Mengeneinheit BIP)	Westdeutschland	–	0,603	0,633	0,653	0,648	0,655
	Ostdeutschland	–	0,918	1,012	1,049	1,050	1,079
	Ost- zu West <sup>b</sup>	126	152	160	161	162	165
Produktivität (nominal) <sup>c</sup> in DM	Westdeutschland	–	90710	95500	98130	103770	108350
	Ostdeutschland	–	28140	41120	49710	55040	58710
	Ost- zu West <sup>b</sup>	–	31	43	51	53	54
Lohnstückkosten in DM <sup>d</sup> (pro Werteinheit BIP)	Westdeutschland	–	0,603	0,606	0,607	0,589	0,584
	Ostdeutschland	–	0,918	0,856	0,809	0,782	0,782
	Ost- zu West <sup>b</sup>	–	152	141	133	133	134

<sup>a</sup> Zum Teil Schätzwerte des DIW. <sup>b</sup> Wert für Ostdeutschland in Relation zum Wert für Westdeutschland in %. <sup>c</sup> Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu konstanten bzw. laufenden Preisen je Erwerbstätigen. <sup>d</sup> Die Quote aus Bruttoeinkommen je Beschäftigten und BIP zu konstanten bzw. laufenden Preisen je Erwerbstätigen.

Quellen: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1995/96; Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank.

ten Bundesrepublik gekommen. In den fünf Jahren nach der Währungsumstellung hat sich das verfügbare Einkommen je Einwohner mehr als verdoppelt<sup>15</sup>. Zwar kam es im gleichen Zeitraum zu einem starken Anstieg der Verbraucherpreise, der vor allem aus stark steigenden Mieten resultierte, so daß etwa die Hälfte des Einkommenszuwachses „aufgezehrt“ wurde. Da sich jedoch im gleichen Zeitraum in den alten Ländern die reale Einkommenssituation nahezu nicht verbessert hatte, fand eine schnelle Annäherung an den westdeutschen Lebensstandard statt: Das verfügbare Realeinkommen, das unmittelbar nach der Währungsumstellung nur 43% des Niveaus in der alten Bundesrepublik erreichte, stieg bis Mitte 1995 auf 62%. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß inzwischen die durchschnittlichen Konsumausgaben in Ostdeutschland zwei Drittel der westdeutschen betragen.

Diesen „Aktivposten“ im Transformationsprozeß stehen allerdings eine Reihe ungelöster Probleme ge-

genüber, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem „stillschweigenden Versprechen beim Beitritt der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik“ gesehen werden müssen, „daß der Lebensstandard in Ostdeutschland der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit voraneilen könnte“<sup>16</sup>. Es kam zu einer (zu) schnellen Angleichung der Löhne. Das Bruttoeinkommen je Beschäftigten, das nach der Währungsumstellung bei nur 35% des Einkommens in Westdeutschland gelegen hatte, stieg über 47% und 61% in den beiden Folgejahren auf 73% Mitte 1995; damit hat es sich innerhalb von fünf Jahren verzweieinhalbfacht (vgl. Tabelle 3).

Diese Entwicklung ist (auch) Ergebnis eines Lohnbildungsprozesses, bei dem es unmittelbar nach der Wende noch keine Tarifparteien nach westlichem Muster gab. Die Unternehmen wurden vor allem von ehemaligen Kombinatdirektoren und Betriebsleitern, die weder Erfahrung in Tarifverhandlungen noch ein persönliches Interesse an niedrigen Löhnen hatten, sowie Treuhandmanagern repräsentiert, während die Arbeitnehmer vom DGB unterstützt wurden, der auch die Interessen westdeutscher Beschäftigter vertrat, deren Effektivlöhne durch niedrige Verdienste in den neuen Ländern unter Druck geraten wären. Zudem signalisierten viele Politiker (auch der CDU), daß sie eine schnelle Anpassung der ostdeutschen Löhne unterstützten oder zumindest tolerierten<sup>17</sup>. So kam es Anfang 1991 in einer Reihe von Branchen zu langfristigen Tarifvereinbarungen, die bereits bis 1994 bzw. 1995 eine volle Angleichung der Tarifverdienste an das westdeutsche Niveau vorsahen. Obwohl der Zeit-

<sup>15</sup> Verglichen wurden die Werte im 2. Vierteljahr 1995 mit denen im 3. Vierteljahr 1990; vgl. DIW: Löhne und Gehälter in Ost- und Westdeutschland gleichen sich an, Lohnstückkosten jedoch nicht, in: DIW-Wochenbericht 8/1996, S. 134-140, S. 138-139.

<sup>16</sup> H.-H. Härtel: Ostdeutschland: Abschied von Illusionen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 76. Jg. (1996), H. 6, S. 271. (Das Zitat wurde umgestellt.)

<sup>17</sup> Vgl. W. Franz: Im Jahr danach – Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, Diskussionsbeiträge Serie II, Nr. 159 der Universität Konstanz 1991, S. 23. Zum Lohnbildungsprozeß vgl. auch M. Lübbering: Eine stärker marktorientierte Sichtweise des ostdeutschen Arbeitsmarktes, in: R. Neubäumer: Arbeitsmarktpolitik, a.a.O., S. 32-60.

raum für die Anpassung später mehrfach verlängert wurde, erwiesen sich die starken Lohnsteigerungen als „Achillesferse der ostdeutschen Wirtschaft“<sup>18</sup>.

Der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft lag nach der Währungsunion fast bei 70% und erwies sich im nachhinein als größer als 1990 allgemein angenommen worden war. Das DIW war für 1989 von einem Niveau in der ehemaligen DDR ausgegangen, das bei annähernd 40% des westdeutschen lag, und vertrat die Auffassung, daß sich der Rückstand durch die Wirtschafts- und Währungsunion schnell verringern würde. Das ifo-Institut hatte für 1991, d.h. bereits unter den neuen Produktions- und Absatzbedingungen, noch deutlich geringere Produktivitätsabschläge kalkuliert; nur die pessimistische Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft, daß das Produktivitätsniveau um zwei Drittel niedriger läge, erwies sich als realistisch<sup>19</sup>. Trotz der (noch) niedrigen Löhne mußten die Unternehmen in den neuen Ländern nach der Währungsunion pro produzierte Einheit 26% mehr für Arbeitseinkommen aufwenden als in der alten Bundesrepublik. In den Folgejahren wurde der Abbau des Produktivitätsrückstands durch den starken Lohnanstieg überkompensiert, so daß die „Schere“ zwischen ost- und westdeutschen Lohnstückkosten weiter auseinander ging und der Abstand 1995 fast 65% betrug. Allerdings überzeichnet der Vergleich von Lohnstückkosten, denen die Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität zugrunde liegt, die Schlechterstellung der ostdeutschen Wirtschaft, weil dort zwischen 1991 und 1995 die Erzeugerpreise weit stärker als in Westdeutschland gestiegen sind<sup>20</sup>. Schaltet man diesen Effekt aus und legt die Entwicklung der nominalen Anpassung zugrunde, so haben sich die Lohnstückkosten in den Jahren 1992 und 1993 rückläufig ent-

**Tabelle 4**  
**Die Entwicklung des Bruttoanlagevermögens ostdeutscher Unternehmen<sup>a</sup>**

	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM <sup>b</sup>	61	75	85	94	104
Verschrottungen in Mrd. DM <sup>b</sup>	59	92	46	40	35
Bruttoanlagevermögen in Mrd. DM <sup>c</sup>	478	470	481	528	590
- Neuanlagen in Mrd. DM	66	134	214	304	403
- Altanlagen in Mrd. DM	412	336	267	224	187
Altanlagen in % des Bruttoanlagevermögens	86	72	56	42	32

<sup>a</sup> Ohne Wohnungsvermietung. <sup>b</sup> Zu Preisen von 1991. <sup>c</sup> Jahresdurchschnitte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Anlagevermögensmodell Ostdeutschland; vgl. B. Görzig: Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland, in: DIW-Vierteljahreshefte 3/1995.

wickelt und sind danach auf demselben, um gut ein Drittel höheren Niveau geblieben (vgl. Tabelle 3)<sup>21</sup>.

#### Schnelle Entwertung von Sachkapital

Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, daß die Gesamtheit der ostdeutschen Betriebe in den ersten Jahren nach der Währungsumstellung erhebliche Verluste gemacht hat – 1991 lag die Lohnquote noch deutlich über 100% und 1992 nur knapp darunter<sup>22</sup> –, und auch 1995 erzielten nur 40% der Unternehmen Gewinne, 30% hatten ein ausgeglichenes Betriebsergebnis und 30% machten Verluste. Bedenklich stimmt vor allem, daß sich die Ertragslage seit 1993 nahezu nicht verbessert hat, d.h. in näherer Zukunft nicht damit gerechnet werden kann, daß die Mehrzahl der Unternehmen in die Gewinnzone gelangt.

Weiterhin hat der schnelle Lohnanstieg die Entwertung von Sachkapital (und Humankapital) beschleunigt und damit zu den hohen (Sonder-)Abgängen beim Kapitalstock beigetragen, die zeitweise doppelt so hoch wie die westdeutschen Pro-Kopf-Durchschnittswerte waren<sup>23</sup>. Daß in den ersten beiden Jahren die Gesamtsumme der Verschrottungen sogar die der Bruttoinvestitionen übertraf (vgl. Tabelle 4), war allerdings auch darauf zurückzuführen, daß zum Zeitpunkt der Vereinigung als modern eingestufte Anlagen nicht oder nicht schnell genug an Technologieänderungen, strengere Umweltschutz- und Arbeitsschutzaufgaben oder Wandlungen des Produktionsprogramms angepaßt werden konnten und zudem bestimmte Anlagen nur in einem größeren Produktionszusammenhang überlebensfähig gewesen wären<sup>24</sup>. Bis Ende 1995 wurden rund 55% des Bestands an Altanlagen „ausgemustert“, so daß sie schließlich nur noch knapp ein Drittel des gesamten Bruttoanlagevermögens aus-

<sup>18</sup> DIW: Die Herausforderung der deutschen Einigung: Fünf Jahre danach, in: DIW-Wochenbericht 42-43/1995, S. 733-735, hier S. 735.

<sup>19</sup> Vgl. DIW: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91 – Bundesrepublik Deutschland und DDR: Vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, in: DIW-Wochenbericht 26/1990, S. 341f.; W. Gerstenberger: Das zukünftige Produktionspotential der DDR – ein Versuch zur Reduzierung der Unsicherheit, in: ifo-schnelldienst 7/1990, S. 13-22, hier S. 20; H. Klotz: Arbeitsmarktpolitik in der DDR: Vorschläge für ein Qualifizierungsprogramm, in: Die Weltwirtschaft 1/1990, S. 78.

<sup>20</sup> Der Preisindex für das Bruttoinlandsprodukt zeigt in Ostdeutschland einen Anstieg von 34% gegenüber 10% in Westdeutschland.

<sup>21</sup> Vgl. DIW/IfW/IWH, 14. Bericht, a.a.O., S. 445.

<sup>22</sup> Entwicklung der Lohnquote 1991-1994: 104,6%; 99,6%; 93,7%; 91,5%.

<sup>23</sup> Vgl. DIW: Nach wie vor große Defizite beim ostdeutschen Kapitalstock, in: DIW-Wochenbericht 31/1995, S. 535-544, hier S. 535.

<sup>24</sup> Vgl. B. Görzig, a.a.O., S. 488.

**Tabelle 5**  
**Produktion, Absorption und Außenbeitrag in Ostdeutschland 1990-1994**

	1990	1991	1992	1993	1994
	Mrd. DM				
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. DM	224	206	263	309	347
in % der letzten inländischen Verwendung	81	57	57	60	61
Letzte inländische Verwendung	278	361	459	516	566
- Privater Verbrauch	} 224	182	218	243	256
- Staatsverbrauch		90	112	118	123
- Investitionen <sup>a</sup>	54	88	129	155	187
Außenbeitrag <sup>b</sup>	-54	-154	-196	-207	-219
- Ausfuhr	61	45	51	54	66
- Einfuhr	115	200	247	261	285

<sup>a</sup> Anlageinvestitionen und Vorratsänderungen. <sup>b</sup> Waren und Dienstleistungen; ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Quellen: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1995/96; DIW (Werte für 1990).

machten. Die Folge war, daß trotz hoher Investitionen der Kapitalstock der Unternehmen nur um 23% wuchs und die Kapitalausstattung pro Einwohner im Vergleich zu der in den alten Ländern nur um etwa 4 Prozentpunkte zugenommen hat; sie erreicht inzwischen gut zwei Fünftel des westdeutschen Werts.

Dennoch „muß (man) sich von der weit verbreiteten Vorstellung lösen, die Leistungsschwäche der ostdeutschen Unternehmen beruhe noch immer hauptsächlich auf veralteten und verschlissenen Produktionsanlagen“<sup>25</sup>. Schwerer wiegt ihre fehlende Einbindung in „Netzwerke“, d.h. sie verfügen (noch) kaum über längerfristige Lieferbeziehungen auf der Beschaffungs- und vor allem auf der Absatzseite. Der Markteintritt ist für sie schwierig, weil für potentielle Kunden der Wechsel ihrer Lieferanten mit hohen (Transaktions-)Kosten, z.B. für die Beschaffung von Informationen, Anpassungen der Produktion und anfänglich verstärkte Qualitätskontrollen, verbunden wäre. Wie eine neuere Erhebung des Instituts für Marktforschung in Leipzig zeigt, haben ostdeutsche Hersteller insbesondere bei der Aufnahme von Lieferbeziehungen mit Großunternehmen Probleme. Zudem mangelt

<sup>25</sup> DIW/IfW/IWH, 12. Bericht, a.a.O., S. 74.

<sup>26</sup> Vgl. DIW/IfW/IWH, 14. Bericht, a.a.O., S. 454.

<sup>27</sup> Vgl. dazu das von DIW/IfW/IWH in ihrem 12. Bericht, S. 74 in Fußnote 5 zitierte IWH-Diskussionspapier vom Mai 1994 sowie die Analyse der Innovationstätigkeit in DIW/IfW/IWH, 14. Bericht, a.a.O., S. 446-451. Dort wird als Ursache für fehlende FuE-Aktivitäten finanziellen Engpässen weniger Bedeutung beigemessen als der fehlenden Einbindung in überregionale und internationale Forschungsnetzwerke.

<sup>28</sup> DIW/IfW/IWH, 12. Bericht, a.a.O., S. 74.

es ihnen häufig an attraktiven Produkten. Umfrageergebnissen des IHW zufolge entfallen mehr als 60% des Umsatzes ostdeutscher Unternehmen auf Produkte, die ihren Höhepunkt im Produktzyklus bereits überschritten haben; entsprechend gibt die Mehrzahl der Betriebe an, auf stagnierenden oder schrumpfenden Märkten anzubieten<sup>26</sup>. Ein wesentlicher Grund dafür ist, daß Unternehmen in den neuen Ländern in die Entwicklung neuer Produkte, die mit hohen Kosten und Risiken verbunden ist, wenig investieren (können)<sup>27</sup>. Beides ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß ostdeutsche Betriebe gemessen an der Beschäftigtenzahl um ein Drittel und gemessen am Umsatz um zwei Drittel kleiner als westdeutsche sind und sich viele von ihnen „als verlängerte Werkbänke über Wasser“<sup>28</sup> halten. Dies kann auch ihre schwache Stellung auf überregionalen Märkten und beim Export (mit-)erklären.

### Hohe westdeutsche Finanztransfers erforderlich

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Ländern reicht bei weitem nicht aus, um die Ansprüche des Staates, der privaten Haushalte für Konsum-

**Tabelle 6**  
**Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland 1991-1995**

	1991	1992	1993	1994	1995
	Mrd. DM				
Finanztransfers der Gebietskörperschaften <sup>a</sup>	112,0	133,0	154,5	146,5	161,5
- Fonds Deutsche Einheit	35,0	36,0	36,5	36,0	-
- Nettotransfers des Bundes <sup>b</sup>	66,0	85,0	106,5	99,5	113,5
- Umsatzsteuerausgleich der Länder bzw. Neuregelung des Finanzausgleichs (1995)	11,0	11,5	11,5	11,0	48,0
Finanztransfers der Sozialversicherung	43,0	29,0	24,0	33,5	32,5
- Arbeitslosenversicherung	21,5	24,5	15,0	19,5	17,5
- Rentenversicherung	21,5	4,5	9,0	14,0	15,0
Öffentliche Transfers insgesamt	155,0	162,0	178,5	180,0	194,0
Nachrichtl.: Budgetdefizit der Treuhandanstalt	19,9	29,6	38,1	37,1	-

<sup>a</sup> Ohne Verwaltungshilfen der Länder und Gemeinden, ohne Minder-einnahmen in Westdeutschland durch Inanspruchnahme von Investitionszulagen für Investitionen in den neuen Bundesländern, ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite. <sup>b</sup> Ab 1995 einschließlich der Zinsausgaben für die bis Ende 1994 kumulierten Schulden der Treuhandanstalt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Treuhandanstalt; Berechnungen und Prognose der Institute; Angaben gerundet; vgl. DIW: Herausforderung der deutschen Einigung: Fünf Jahre danach, in: DIW-Wochenbericht 42-43/1995. Etwas abweichende Angaben findet man im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 7/1995, S. 48.



zwecke und der Unternehmen für ihre steigende Investitionstätigkeit zu decken (vgl. Tabelle 5). Zwischen der inländischen Absorption und dem Sozialprodukt klappte 1994 eine Lücke von 219 Mrd. DM, die durch „Importe“ aus dem Ausland und aus Westdeutschland gefüllt werden mußte. Dieser Ressourcentransfer wird vor allem durch laufende Übertragungen und Vermögensübertragungen aus Westdeutschland finanziert (hinzu kommen eine zunehmende Verschuldung und in geringerem Maße Erwerbs- und Vermögenseinkommen außerhalb der neuen Länder).

Die gesamten Finanztransfers von West- an Ostdeutschland haben sich in den letzten drei Jahren etwa bei 200 Mrd. DM „eingependelt“, wenn man auch das Defizit der Treuhandanstalt berücksichtigt (vgl. Tabelle 6). Trotz des beschleunigten Aufbaus des ostdeutschen Kapitalstocks in den letzten drei Jahren stehen öffentliche Transfers nur zum geringeren Teil im Zusammenhang mit Infrastrukturinvestitionen und der Förderung privater Investitionen, sondern es dominieren konsumtive Zwecke. Dies läßt sich vor allem auf folgende Entwicklungen zurückführen:

Die Löhne im Öffentlichen Dienst wurden ähnlich schnell wie in der Privatwirtschaft dem westdeutschen Niveau angenähert, während der Personalabbau etwas langsamer erfolgte. Als Ergebnis beschäftigten ostdeutsche Gemeinden weit mehr Arbeitnehmer als westdeutsche (23,8 gegenüber 13,5 je 1000 Einwohner), und auch bei den Ländern ist die Personalausstattung besser (26,2 gegenüber 24,0)<sup>29</sup>.

Aufgrund ihrer Bindung an die Arbeitsverdienste expandierten die durchschnittlichen Sozialeinkommen in Ostdeutschland rasch. Bei den Altersrenten kam noch hinzu, daß die Lebensarbeitszeit in der ehemaligen DDR deutlich länger war und damit auch die angerechneten Versicherungszeiten, so daß die monatliche Durchschnittsrente 1995 97% des Niveaus in den alten Ländern erreichte.

Gleichzeitig führte der schnelle Abbau von Arbeitsplätzen zu einer hohen Zahl von Erwerbspersonen, die Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Kurzarbeitergeld bezogen, deren Beschäftigungsverhältnisse mit

öffentlichen Mitteln gefördert wurden oder die Altersregelungen in Anspruch nahmen. Dies kommt in hohen Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundes in Ostdeutschland zum Ausdruck: Ihre Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen addierten sich 1994 auf 54 Mrd. DM und 1995 auf 52 Mrd. DM.

Insgesamt gilt festzuhalten, daß trotz nicht gering zu wertender Erfolge im Transformationsprozeß „die ostdeutsche Wirtschaft auch heute ... noch keine funktionierende Marktwirtschaft ist“. Vor allem hat sie – nicht zuletzt aufgrund der zu niedrigen oder fehlenden Gewinne – noch nicht soviel Eigendynamik entwickelt, daß mit einem selbsttragenden Wachstum gerechnet werden kann<sup>30</sup>.

Vor diesem Hintergrund gilt es, sich endgültig von der Illusion zu lösen, daß die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer in nur wenigen Jahren an die der alten Länder angeglichen werden kann. Bei einem Wachstumsvorsprung beim realen Bruttoinlandsprodukt von 7% pro Jahr (wie 1991 bis 1994) würde es weitere zehn Jahre dauern, bis das ostdeutsche Inlandsprodukt pro Kopf das westdeutsche erreicht hätte; beim Bruttoanlagevermögen müßte der Wachstumsvorsprung im gleichen Zeitraum sogar 10% betragen.

Entsprechend sind auf längere Sicht hohe Finanztransfers an die neuen Länder unumgänglich. Vor allem darf die Förderung der Investitionstätigkeit nicht abgebaut werden. Dies dürfte um so schwerer fallen, weil die Transfers für investive Zwecke von zwei Seiten unter Druck geraten. Zum einen bedeutet ein Einfrieren der Gesamttransfersumme bei um 200 Mrd. DM, daß real weniger für investive und konsumtive Zwecke zur Verfügung steht. Zum anderen steigen die Ausgaben für konsumtive Zwecke, weil viele der Sozialtransfers dynamisiert sind und damit parallel zu den Einkommen steigen. Das lenkt den Blick auf die hohen Löhne (und fehlenden Gewinne) in den neuen Ländern. Neben einer Aufstockung der Transferleistungen, die allein der Investitionsförderung zugute kommen sollte, gilt es, mit dem Aufschieben der Angleichung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau einen Beitrag zum Aufbau Ost zu leisten<sup>31</sup>. Denn es besteht noch ein enormer Aufholbedarf, der vor dem Hintergrund der hohen wirtschaftlichen Dynamik in anderen Industrieländern (und in der alten Bundesrepublik) geleistet werden muß. „Der wirtschaftliche Neuaufbau in Ostdeutschland erweist sich immer mehr als Herkulesaufgabe. Er erfordert sehr viel Kraft und einen langen Atem.“<sup>32</sup>

<sup>29</sup> Zahlen für 1994; vgl. DIW, Finanzprobleme, a.a.O., S. 272.

<sup>30</sup> DIW: Bundesrepublik Deutschland: Gravierender wirtschaftlicher Rückschlag in Ost und West, in: DIW-Wochenbericht 1-2/1996, S. 10-34, hier S. 16.

<sup>31</sup> Denkbar wäre auch, Lohnzuwächse in Form von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand den Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

<sup>32</sup> DIW/IfW/IWH, 14. Bericht, a.a.O., S. 458.